

## **Verbesserte Rahmenbedingungen für Erneuerbare Energien**

08.445 Parlamentarische Initiative Angemessene Wasserzinsen, traktandiert im Ständerat am 4. März 2010

**Die heutige Regelung der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) ist bürokratisch und unflexibel. Sie verunmöglicht ein kontinuierliches Wachstum der erneuerbaren Energien in der Schweiz. Die A EE begrüsst deshalb den Grundsatzentscheid des Nationalrates für eine Deblockierung der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) als ersten Schritt in die richtige Richtung.**

**Als Dachverband der erneuerbaren Schweizer Energiewirtschaft sind wir überzeugt, dass damit ein verlässlicher Förderrahmen für die Stromproduktion aus erneuerbarer Energie geschaffen wird. Die A EE bedauert aber, dass mit der Erhöhung des Deckels auf 0.9 Rappen pro kWh anstatt den ursprünglich diskutierten 1.2 Rappen keine echte, langfristige Investitionssicherheit geschaffen wird und die bürokratischen Hindernisse damit leider fortgeführt werden.**

Die Beschlüsse der ständerätlichen UREK werten wir auf diesem Hintergrund als einen Rückschritt, weil damit am bisherigen System mit Teilkontingenten für einzelne Technologien festgehalten wird. Die A EE empfiehlt deshalb dem Ständerat, den Beschlüssen des Nationalrates zu folgen. Dies im Wesentlichen aus folgenden Gründen:

### **1. Ausbau der zukunftsfähigsten Industrie dringend nötig**

Der Ausbau der Einspeisevergütung, wie sie der Nationalrat beschlossen hat, weist der Schweiz den Weg in die richtige Richtung. Noch stehen wir mit unserer Förderpolitik erst am Anfang. Ein Blick über die Grenze zeigt, was eine nachhaltige Energiepolitik bewirken kann: Erneuerbare Energien, mehrheitlich aus Wind, Biomasse, Umweltwärme und Sonne, decken bereits über 15 Prozent des deutschen Endenergieverbrauchs, und ihr Anteil wird bis 2020 auf über 40 Prozent ansteigen. Damit spart Deutschland heute bereits die beeindruckende Menge von 112 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> ein. Gleichzeitig erzielen die deutsche Industrie und das Gewerbe allein mit der Errichtung und dem Betrieb von EE-Anlagen 28.7 Mrd. Euro Umsatz und schaffen 280'000 Arbeitsplätze.

Deutschland produziert heute anteilmässig bereits mehr neue erneuerbare Energie, als die Schweiz sich gesamthaft bis 2030 mit den 5400 GWh zum Ziel gesetzt hat! Auch die USA und andere Staaten investieren enorme Summen in eine erneuerbare Energieversorgung – und damit in ihre zukunftsfähigsten Cleantech-Industrien. Diese Dynamik wird sich weiter verstärken. Die Schweiz tut gut daran, den Anschluss nicht zu verpassen, ihre Möglichkeiten zu nutzen und Eigeninteressen engagiert zu vertreten.

### **2. Wasserzinsen und erneuerbare Energien als Einheit betrachten**

Die A EE begrüsst es ausdrücklich, dass der Nationalrat die beiden Geschäfte als Einheit beraten und zur Beschlussfassung gebracht hat. Die grosse Wasserkraft hat in der schweizerischen Energieversorgung ihre berechnigte Bedeutung und die damit verbundene Regelung der Wasserzinshöchstsätze muss unbestrittenermassen für ein weiteres Jahrzehnt festgelegt werden. Die von ihrem Rat vorgeschlagene Lösung erachten wir als einen gangbaren Kompromiss. Gleichzeitig sind

wir aber auch der festen Überzeugung, dass der Ordnungsrahmen für die Stromproduktion aus neuen erneuerbaren Energien (KEV) im nun vorliegenden Sinne revidiert werden muss.

Es ist ein gutes Zeichen moderner Energie- und Klimapolitik, dass unterschiedliche Zielsetzungen in einem Beratungsgegenstand zur Deckung gebracht werden. Mittelfristig brauchen wir einen Energiemix, der Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit vereint. Der deutliche Ausbau der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien mit der KEV leistet einen Beitrag zur Versorgungssicherheit der Schweiz und zum Klimaschutz. Und schliesslich sind Sonne und Wind, im Gegensatz zu der teuer aus dem Ausland importierten Primärenergie, kostenlos verfügbare, einheimische Ressourcen.

### **3. Akzeptabler Kompromiss bei der Photovoltaik**

Die A EE unterstützt den Vorschlag des Nationalrates auch bezüglich der begrenzenden Sonderregelung für die Photovoltaik. Allerdings sollte die Vorlage so geändert werden, dass daraus ein mehrjähriges Ausbauprogramm für die Photovoltaik ermöglicht wird, damit die Branche nicht erneut vor einer Go-and-Stop-Lösung steht. Die PV-Warteschlange von gegen 4'000 Projekten sollte in spätestens 3 Jahren abgebaut werden können. Damit lässt sich eine kontinuierliche Marktentwicklung realisieren und gleichzeitig Kostensenkungspotentiale erschliessen. Die Photovoltaik hat zurzeit noch die grösste Lernkurve zu gehen und verfügt über ein grosses Kostensenkungspotenzial, das sich in der Realität viel schneller erschliessen lässt als ursprünglich erwartet. Die Solarenergie hat auch in der Schweiz das Potenzial, rund einen Drittel des Stromverbrauchs zu decken. Im Sinne eines Kompromisses unterstützen wir aber den vorgeschlagenen Weg, in der Hoffnung darauf, dass bei beschleunigter Kostensenkung noch mehr möglich sein wird.